keit, unterstützt von dem natürlichen Fleiße der Bewohner und der hochentwickelten Wissenschaft, deren Errungenschaften man sich bei allen industriellen Unternehmungen dienstbar zu machen weiß. Wenn wir tatsächlich die Besserung der Zustände im Volksleben erkennen, erscheint es uns fraglos, daß den germanischen Nationen, als den fortschrittlichsten, die Welt gehört. Berlin, das noch vor 35 bis 40 Jahren als ein großes Dorf galt, ist nun große Kaiserstadt mit zwei Millionen Einwohnern mit einer Bevölkerungszunahme von jährlich 30 000 Personen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, München, Köln, Nürnberg, Hamburg, Bremen, und sie lassen Deutschland auch auf kommerziellem Gebiete als einen weit bedeutenderen Faktor als jemals früher erscheinen. Deutschland ist heute besser als je zuvor in der Lage, seinen Platz in Ehren zu behaupten, und es ist wohltuend, mit den wachsenden Handelsbeziehungen auch ein zunehmendes Gefühl der Freundschaft für die Vereinigten Staaten in Deutschland feststellen zu können.

Der Redner berührte dann die

Person des Kaisers,

den er einen der weisesten Souveräne und größten Staatsmänner nannte. Er wies auf den Austausch der Professoren hin, den der Kaiser angeregt und auf den Plan einen der Prinzen in Amerika studieren zu lassen. Die Rede klang in ein Hoch auf den Kaiser aus.

Deutsches Reich.

Leipzig, 10. April.

* **Der Empfang des französischen Botschafters beim Kaiser.** Bei dem gestrigen Empfang des französischen Botschafters Cambon wurden folgende Ansprachen ausgetauscht. Der Botschafter sagte:

„Eure Majestät, ich habe die Ehre, Eurer Majestät das Schreiben zu überreichen, durch das mich der Präsident der französischen Republik bei Eurer Majestät als außerordentlichen Botschafter beglaubigt. Ich bin tief durchdrungen vom Wert dieser Ehre, da sie mir erlaubt, mich der Person Eurer Majestät zu nähern. Ich werde den Gefühlen des Präsidenten ebenso wie denen der Republik gemäß handeln, wenn ich an der Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich arbeite, und ich wage zu hoffen, daß die Erfüllung meiner Aufgabe mir durch das hohe Wohlwollen Eurer Majestät erleichtert werde."

Der Kaiser erwiderte darauf:

„Herr Botschafter, ich heiße Sie willkommen. Das Werk, das Sie vollbringen wollen, nämlich die Arbeit an der Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wird Meine ganze Sympathie haben. Meine Regierung ebenso wie Ich wird sich angelegen sein lassen, Ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Verständigung zwischen den zwei großen Nationen, die beide fähig und bestimmt sind, Gesittung und Fortschritt unter den Völkern der Erde zu verbreiten, ist das Ziel, dessen Erreichung der gemeinsamen Arbeit aller hochsinnigen Geister würdig ist, über die Frankreich und Deutschland verfügen."

nb. **Vom Reichs-Invalidenfonds.** Die Dotation des Reichs-Invalidenfonds betrug nach dem Gesetz vom 23. Mai 1873 561 000 000 ℳ. Aus dem Kapital des Fonds sind bisher folgende Zuschüsse geleistet worden: für die Jahre 1873 bis einschließlich des Rechnungsjahres 1902 270 673 579,45 ℳ, für das Rechnungsjahr 1903 42 919 840,64 Mark, für das Rechnungsjahr 1904 (einschließlich des im Juli 1906 gedeckten Ausgabe-Ueberschusses von 10 053 392,92 ℳ) 42 939 791,92 ℳ, für das Rechnungsjahr 1905 36 211 362 ℳ. Dazu tritt: a) für das Rechnungsjahr 1906 ein Ausgabe-Ueberschuß von 3 165 994,03 ℳ, der zufolge Schreibens des Reichsschatzamts vom 18. Juni 1906 — I 4706 — zunächst aus ordentlichen Mitteln des Reichs gedeckt ist und dem Fonds nachträglich zur Last gelegt werden soll; b. für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1906 in Ermangelung einer geeigneteren Grundlage ein Viertel des in dem Reichshaushaltsetat für 1906 in Höhe von 30 708 748 ℳ eingestellten Kapitalzuschusses mit 7 677 187 ℳ. Das macht in Summa 403 487 755,04 ℳ. Danach ergab sich nach der am 30. Juni 1906 aufgestellten Bilanz ein Aktivbestand von 157 512 244,96 ℳ.

nd. **Die Blockpolitik in nationalliberaler Beleuchtung.** Aus Hannover meldet uns ein Privattelegramm: In einer Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins äußerte sich der Landtagsabgeordnete Schiffer sehr scharf über die in Preußen im Gegensatz zum Reiche herrschende Mißachtung der Blockpolitik. Er habe, so heißt es im Bericht des „Hann. Kurier", noch nicht alle Hoffnung auf die Erhaltung des Blocks aufgegeben, könne aber versichern, daß, wenn es zum Kampf kommen sollte, die nationalliberale Partei es an Entschlossenheit und Siegeszuversicht nicht fehlen lassen werde. Die „Kreuzztg." habe geschrieben, daß die Nationalliberalen sich bis zum Herbst soweit beruhigen könnten, daß sie in der Lage wären, ihren Pflock zurückzustecken. Die Partei hätte aber gar keine Lust, bis zum Herbst zu warten. Wenn die Ansprüche, die sie zu stellen habe, nicht erfüllt würden, brauche sie sich auf dem Gebiete des liberalen Gedankens keine Zurückhaltung mehr aufzuerlegen. — Diese angesichts des Systems Studt doppelt beachtenswerten Ausführungen werden von allen liberalen Kreisen mit Genugtuung begrüßt werden.

* **Preußische Mädchenschulreform.** Die Frage der Mädchenschulreform bildet zurzeit noch den Gegenstand weiterer Erwägungen im Staatsministerium. Dem Vernehmen der „Köln. Ztg." nach kommt aber zunächst nicht die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage in Betracht, sondern lediglich die zur Zuständigkeit des Kultusministeriums gehörige Festsetzung von erweiterten Lehrplänen. Da aber an die Durchführung dieser Lehrpläne sich Forderungen für Musteranstalten, für Einführung des Normaletats und für die Schaffung von Provinzialschulratsstellen knüpfen werden, so wird sich vermutlich bei der nächstjährigen Etatsberatung auch der Landtag mit der ganzen Materie zu befassen haben. Er wird dann Gelegenheit haben, den Wünschen unserer Frauenkreise, soweit sie etwa bei den von der Regierung vorgelegten Plänen keine volle Berücksichtigung gefunden haben sollten, Ausdruck zu geben.

—v— **Neues Zeitungsunternehmen.** Von den Dresdner sozialdemokratischen Parteigenossen soll für die ersten drei sächsischen Wahlkreise, Zittau, Löbau und Bautzen, ein neues Zeitungsunternehmen aus den Ueberschüssen der „Sächs. Arb.-Ztg." gegründet werden. Das Unternehmen soll im Frühjahr 1908 zur Verwirklichung gelangen. Es wird auf Anregung der Parteigenossen der Oberlausitzer Kreise geschaffen.

* **Frieden im Hamburger Hafen?** Aus Hamburg wird gemeldet: Nachdem sich die Organisation der Hafenarbeiter an den Arbeitgeberverband gewandt hatte und auf dessen Verlangen eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, daß der Beschluß der Verweigerung der Nachtarbeit bedingungslos aufgehoben sei, wird über die vom Hafenbetriebsverein angestrebte völlige Neuordnung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Hafenarbeiterverbandes stattfinden.

* **Vom Deutschen Handelstag.** Wir haben schon in der gestrigen Abendausgabe die Rede des Grafen von Posadowsky kurz wiedergegeben, mit der er die 33. Vollversammlung des Deutschen Handelstages begrüßte. Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen, auf die näher einzugehen wir uns vorbehalten, wird telegraphisch berichtet: Stadtrat Kaempf dankte dem Staatssekretär und teilte mit, der Reichskanzler habe auf die Einladung erwidert, er würde sehr gerne an den Verhandlungen und an dem Festmahle teilnehmen, wenn er nicht durch seine Erholungsreise daran gehindert wäre. Er habe den sehnlichsten Wunsch, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie durch die Arbeiten der Vollversammlung eine wesentliche Förderung erfahren mögen und wünsche daher den Verhandlungen besten Erfolg. Damit ist gegeben, daß der Reichskanzler nicht an dem Festmahl des Handelstages teilnehmen wird. Uebrigens war unsere Notiz irrtümlich, daß dies das erste Mal gewesen sein würde, denn er hat, wie berichtigend bemerkt sei, voriges Jahr an dem Festmahl teilgenommen und damals die Rede gehalten, in der er sich nach dem bekannten Kaulbachschen Bilde aus Werthers Leiden mit der Brot schneidenden Lotte verglich. — In der gestrigen Versammlung gedachte der Präsident dann auch der im verflossenen Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder. Auf den Geschäftsbericht folgte, wie schon an anderer Stelle kurz gemeldet, das erste Referat über „Weltpostporto und engere Postvereine". Dabei befürwortete der Referent Stadtrat Kaempf eine Erklärung, in der der Reichskanzler ersucht wird, dahin zu wirken, daß unter möglichster Herabsetzung des Portos im inneren deutschen Verkehr für Briefe auf 8 und für Postkarten auf 4 Pfennige Verträge geschlossen werden, nach denen zunächst im Verkehr zwischen Deutschland und den Nachbarländern die für den inneren Verkehr geltenden Portosätze Anwendung finden, und daß diese Herabsetzung künftig innerhalb des gesamten Weltpostvereins eingeführt wird. Diese Erklärung wurde sofort ohne Besprechung einstimmig angenommen. Kommerzienrat v. Pfister sprach danach über die im Reichseisenbahnamt aufgestellte neue Eisenbahnverkehrsordnung. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz bemerkte dazu, der Entwurf habe bereits in erster Lesung die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden. (Beifall.) Die zweite Lesung könne erst im September stattfinden. Das Reichseisenbahnamt werde auch für diese Verkehrsinteressenten hinzuziehen und Wünsche von Handel und Industrie berücksichtigen. (Lebhafter Beifall.) Nach kurzer Beratung wurde eine von Kommerzienrat Pfister vorgeschlagene Erklärung angenommen, die die neue Verkehrsordnung als Verbesserung anerkennt, jedoch die Erwartung ausspricht, daß die geäußerten Anträge, die in zwei systematischen Zusammenstellungen den Behörden überreicht worden sind, Berücksichtigung finden. Ferner wurde eine Anzahl von Einzelanträgen angenommen. Der Präsident verlas sodann unter Beifall ein Telegramm des Handelsministers Delbrück, in dem dieser bedauert, verhindert zu sein und der Vollversammlung besten Erfolg wünscht. — Es folgt die Beratung des Börsengesetzes. Das Referat erstattet der Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Mendelssohn, der eine Erklärung vorlegt, in der die schleunige Aenderung des Gesetzes verlangt wird, insbesondere die schon früher von der Vollversammlung geforderte Beseitigung des Börsenregisters und die Wiederaufhebung des Verbotes des börsenmäßigen Terminhandels in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen, sowie in Getreide und Mühlenfabrikaten. Die Erklärung gelangte ohne Besprechung einstimmig zur Annahme. Der nächste Punkt betrifft die Haftung des Staates. Generalsekretär Dr. Soetbeer-Berlin erstattet unter lebhaftem Beifall das Referat. Er befürwortet den Antrag, daß durch ein Reichsgesetz die unmittelbare Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechtes für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden festgesetzt werden möge. Der Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Kommerzienrat Werner-Hannover sprach darnach über die Kolonien und legte seinem Vortrage die Erklärung zu Grunde, daß der Deutsche Handelstag warm eintritt für eine zielbewußte, kraftvolle und wirtschaftliche Entwickelung unserer Kolonien, insbesondere durch einen planmäßigen Eisenbahnbau. Deshalb empfiehlt er auch allen Kreisen des Handels und der Industrie im Vertrauen auf die großzügige Leitung der Kolonialverwaltung tatkräftige Mitarbeit. Auch dieser Antrag wurde einmütig angenommen. Schließlich sprach noch Syndikus Schloßmacher-Offenbach über das Thema „Zeichenschutz". Der Redner befürwortete die Abänderung des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 durch Erfüllung der vom Ausschuß des Handelstages am 8. April 1907 beschlossenen Forderungen. Eine dahingehende Resolution wurde angenommen. Nachdem die Mitglieder für den Ausschuß neu gewählt bezw. wieder gewählt worden waren, wurde die Vollversammlung durch den Vorsitzenden Kaempf geschlossen.

Deutsche Kolonien.

* **Wo bleibt die Landkommission?** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weist gegenüber einem „Wo bleibt die Landkommission?" überschriebenen Artikel der „Germania", in dem diese beklagt, daß die vom Reichstage 1905 geforderte Landkommission seit Dezember 1906 keine Sitzungen mehr abgehalten habe, darauf hin, daß der Reichstag zunächst die parlamentarischen Mitglieder dieser Kommission neu wählen muß. Die Kolonialverwaltung sei alsdann bereit, die Kommission zusammenzuberufen, sobald eine neue Vorlage, die in Vorbereitung ist, fertiggestellt sein wird. In dem Artikel wird ferner bemängelt, daß in der amtlichen Denkschrift über die Entwickelung der Schutzgebiete für 1905/06 das Kapital der Kakao-, Land- und Minengesellschaft mit 10 Millionen Mark, die Einzahlung auf Anteile mit 8 Millionen, das Kapital der Hanseatischen Land-, Minen- und Handelsgesellschaft mit 2 640 000 ℳ, die Einzahlung mit volleingezahlt angegeben sei, während in einer Denkschrift über die Gesellschaft in Südwestafrika bei der Kakao-Gesellschaft als hereingezahlt nur 800 000 ℳ, bei der Hanseatischen Gesellschaft 380 000 ℳ angeführt seien. Die anschließende Erörterung über den tatsächlichen Gründungshergang schließt mit einem Angriff gegen die Kolonialverwaltung, wonach sie das Publikum irre zu führen bestrebt sei und ihr über die Gründung der betreffenden Gesellschaften ein Vorwurf gemacht wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" stellt demgegenüber fest, daß die beanstandeten Finanzaktionen jeweils bei der Gründung der betreffenden Gesellschaften vorgenommen worden sind, im vorliegenden Falle also vor 12 bzw. 14 Jahren, als weder der gegenwärtige Kolonialdirektor, noch sein Vorgänger im Amte war. In den Gründungsakten sind die genannten Summen als volleingezahlt angegeben, wobei die eingeworfenen Konzessionen entsprechend hoch bewertet sind. Darnach habe die Regierung eine tabellarische Uebersicht auch schon im Bericht für 1904/05 aufgestellt, und sie hatte mit Rücksicht auf die vorgelegte besondere Denkschrift über die Verhältnisse der Konzessionsgesellschaften um so weniger Anlaß, in diesem Jahre von dieser Praxis abzuweichen. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" weist den Vorwurf zurück, als ob die Kolonialverwaltung der Oeffentlichkeit gegenüber irgend etwas glauben machen wolle, was den Tatsachen nicht entspricht, und schließt: „Dagegen stellen wir fest, daß die „Germania" diesen Versuch allerdings mit ungeeigneten Mitteln im vorliegenden Falle unternommen hat." —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Ausgleichsfrage.** Zu den gestern wieder aufgenommenen Ausgleichskonferenzen wird uns geschrieben: Die Ausgleichssituation ist eine durchaus unerfreuliche. Die bevorstehenden Ministerkonferenzen beginnen unter noch schwierigeren Verhältnissen, als jene waren, unter welchen die letzten Ministerberatungen geschlossen wurden. Inzwischen hat sich nämlich die ungarische Regierung mit aller Entschiedenheit gegen die Möglichkeit eines langfristigen Ausgleichs ausgesprochen, nachdem die Unabhängigkeitspartei und ihr Führer Franz Kossuth eine entsprechende Stimmung im Lande hervorgerufen hatten. Es wird nunmehr von autoritativer Seite bestätigt, daß noch im Februar die Situation eine solche war, daß seitens der österreichischen Regierung an die Möglichkeit eines langfristigen Ausgleiches gedacht werden konnte, da der Ministerpräsident Dr. Wekerle in wiederholten Verhandlungen sich gegen die österreichische Anschauung von der Nützlichkeit eines Ausgleichs von längerer Dauer für beide Reichshälften in keiner Weise ablehnend verhalten hatte. Die ungarische Regierung fordert nun alle jene Konzessionen, welche die österreichische Regierung für den Fall eines langfristigen Ausgleiches zu erteilen bereit gewesen wäre, für den kurzfristigen Ausgleich; doch ist es einleuchtend, daß unter solchen Bedingungen auch eine Einigung über einen kurzfristigen Ausgleich nicht erzielt werden kann. Es wird aber erklärt, daß auch der Abschluß eines Vertrages, durch welchen die Aufrechterhaltung des Reziprozitätsverhältnisses gesichert werden soll, keinen geringen Schwierigkeiten begegnet. Es wird aus Pest bestätigt, daß die Einberufung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des ungarischen Reichstages für nächsten Sonnabend mit der Verhandlung über den autonomen Zolltarif im Zusammenhange steht, und es geht daraus hervor, daß die ungarische Regierung ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Wiener Konferenzen zu diesem Schritte entschlossen ist. — Der Fehler ist niemals wieder gutzumachen, daß im vorigen Frühjahr das Kompromiß über das Knie gebrochen, und nicht die ungarischen Konzessionen, genau umschrieben, unter Brief und Siegel gelegt sind. Ungarn, nicht Oesterreich, befand sich damals in einer Zwangslage. Es ist klar, daß Wekerle gar nicht im Stande sein wird, sich von Kossuth loszusagen. Gegen den Namen Kossuth ist einfach in Ungarn nicht aufzukommen. Anderseits darf kein österreichisches Ministerium, heiße es Beck, Hohenlohe oder wie immer, mit einer Kapitulation vor Ungarn vor den Reichsrat treten.

Frankreich.

* **Revoil.** Der Botschafter Revoil unterzog sich einer nicht ungefährlichen Operation, die vollkommen gelang. Man glaubt, daß er in 1 bis 1½ Monat völlig wieder hergestellt sein wird.

Italien.

* **Tee bei Rotenhand.** Bei dem preußischen Gesandten beim Vatikan Frhrn. v. Rotenhan war gestern abend großer Empfang, zu welchem die Spitzen der deutschen Kolonie geladen waren.

Rußland.

* **Regierung und Duma.** Die Konflikte der Regierung mit der Reichsduma wegen angeblicher Kompetenzüberschreitungen seitens der letzteren dauern fort. Stolypin richtete zwei Schreiben an den Dumapräsidenten Golowin mit dem Hinweis, der Regierung sei bekannt, daß die Dumakommissionen für Verpflegungswesen und zur Durchsicht des Budgetentwurfes Privatpersonen als Sachverständige heranzuziehen beabsichtigen. Ein solches Verfahren bedeute eine wesentliche Kompetenzüberschreitung seitens der Duma, und Stolypin ersuche den Dumapräsidenten um Benachrichtigung darüber, welche Maßnahmen das Präsidium der Duma ergriffen habe oder zu ergreifen beabsichtige, um die gesetzliche Ordnung der Dinge zu wahren und eine Verletzung der bestehenden Gesetzesvorschriften fernerhin unmöglich zu machen. Der Minister des Innern wies die Gouverneure an, keine Dorfversammlungen zur Beratung von Vorschlägen, die seitens der Duma-Abgeordneten brieflich oder telegraphisch an die Dorfbehörden gemacht werden würden, zu gestatten und die Schuldigen sofort zur Verantwortung zu ziehen.

* **Dumasitzung.** Die Reichsduma setzt die Budgetberatung fort. Unter den Reden, die gehalten werden, ist sehr bemerkenswert die des Abgeordneten für die Stadt Petersburg Fedorow (Kadett), in der der Redner der Ansicht des Finanzministers beitritt, welcher sagte, daß eine Generaldebatte über das Budget nur in der Budgetkommission von Nutzen sein werde, und daß diese Beratung vor allem in Ruhe, ohne Voreingenommenheit, sowie ohne politische Sonderbestrebungen geführt werden müsse. Der Redner erinnert daran, daß man von dem gegenwärtigen Ministerium nicht Uebermäßiges verlangen dürfe, da es erst seit einem Jahre einer neuen Lage gegenüberstehe, und da es durch die einzig bewegte Vergangenheit Rußlands ein schweres Erbe angetreten habe. Fedorow kritisiert im weiteren Verlauf seiner Rede die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung und sagt, die Regierung könne die Ausgaben nicht verringern, ihre einzige Aufgabe müsse sein, die produktiven Kräfte des Landes zu verstärken. Der Redner tadelt die Regierung für die Geringfügigkeit der für die Unterstützung und Erhaltung der produktiven Kräfte ausgeworfenen Mittel gegenüber den stets wachsenden Ausgaben für Gendarmerie und Polizei. Redner bezeichnet es als verderbliche Politik, die Ausfuhr der Lebensmittel, die für das Volk nachteilig sei, zu begünstigen und die direkten Steuern zu erhöhen. Fedorow schließt mit einem Appell zur ruhigen Arbeit ohne Furcht vor der Auflösung der Duma.

* **Politischer Prozeß.** In Petersburg steht ein großer politischer Prozeß gegen die Kampforganisation der Partei der Sozialrevolutionäre vor dem Petersburger Gerichtshof bevor. Die Organisation ist einer ganzen Reihe geplanter Attentate, unter anderen gegen die früheren Minister Durnowo und Akimow, ferner gegen den verstorbenen General Trepow und den ermordeten General Min angeklagt. So haben die drei Attentäter Gos, Sawlow und Trogulow im Januar, Februar und März vorigen Jahres als verkleidete Fuhrleute Fahrten dieser Minister nach Zarskoje Selo überwacht, um sie durch Bomben zu töten. Die besten Kriminalisten Petersburgs und Moskaus haben die Verteidigung der Angeklagten übernommen.

Spanien.

* **Die Bombenstadt,** kat' exochên sollte man Barcelona nennen. Wieder wird vom 9. gemeldet: Durch eine gestern nachmittag erfolgte Bombenexplosion wurden fünf Personen schwer verletzt. Heute vormittag 10 Uhr erfolgte eine neue Bombenexplosion, durch die Personen zu Schaden gekommen sein sollen.

Aegypten.

* **Deutsche Interessen in Aegypten.** Deutschlands Verhältnis zur ägyptischen Frage ist durch Bismarck für alle Zeiten festgelegt: Deutschland unterstützt die englische Politik im Nilland unbedingt. Deutschlands Interessen in Aegypten sind rein kommerzielle. Aber unsere Zustimmung zu der Abschaffung oder Abänderung der Kapitulationen ist doch immerhin ein wertvolles Objekt, für das wir wohl ein quid pro quo fordern können. Zudem machen sich gewisse Tendenzen in Aegypten geltend, gerade wie auch sonst im britischen Imperium, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Lord Cromer betont zwar in seinen Vorschlägen, daß das Prinzip des Freihandels, der „offenen Tür" in Aegypten den anderen Mächten stets zu sichern sei. Aber die Proklamierung des Prinzips ist eine schlechte Garantie. Das Prinzip kann und wird auf Umwegen durchbrochen. Bereits besteht die Penny-Post zwischen Aegypten und England. In allen öffentlichen Arbeiten und Submissionen wird Engländern der Vorzug gegeben, wie schon alle Posten, die die Entscheidung in den Händen haben, von Engländern besetzt sind. Die britische Handelskammer in Aegypten beklagt sich jedesmal bitter, wenn Aufträge an Nichtengländer vergeben werden. Die englischen Unternehmer, die nach Aegypten arbeiten, besonders diejenigen, die öffentliche Arbeiten unternehmen, wie Bauten, Eisenkonstruktionen, elektrische Installationen usw. haben unter sich ein Abkommen getroffen, arbeiten sich gegenseitig in die Hand, und suchen den Nichtengländer herauszudrängen. Von ihrem Standpunkte aus ja recht löblich, aber für die Entwickelung des nichtenglischen Handels gefährlich. Die Kapitulationen, trotzdem sie direkt auf wirtschaftliche Dinge keinen Einfluß haben, sind doch immerhin eine gewisse Garantie; sie erschweren einseitige Bevorzugung. Fallen die Kapitulationen, so wird damit Aegypten in den Kreis der großbritischen Bestrebungen gezogen. Und daß die britischen Abschließungsbestrebungen, trotz des kürzlichen liberalen Freihandelssieges alle Aussicht haben, schließlich zu triumphieren, daran kann man kaum zweifeln, angesichts der Schutzmaßregeln, wie z. B. der neuen Schiffahrts-Reglements, die sich selbst eine liberale Regierung gezwungen sieht, einzuführen. In Lord Cromers Vorschlägen liegt viel mehr, als an der Oberfläche erscheint. — Im Anschluß an die Abschaffung der Kapitulationen wird danach die „offene Tür" vertragsrechtlich festzulegen sein.

Eine Unverschämtheit!

Am 3. April veröffentlichten wir folgendes Privattelegramm unter der Rubrik „Neues aus aller Welt":

Lotterieschwindler. Aus Hamburg erhalten wir folgendes od-Privattelegramm: Die „Neue Hamburgische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Gegen den Inhaber der Commerce- und Credietbank Amsterdam, Johann Lübecke, ist gestern auf Antrag der deutschen Behörden die Strafuntersuchung wegen Lotteriebetrugs mit Türkenlosen eingeleitet worden. Lübecke ist, wie bereits gemeldet, ein aus Lübeck steckbrieflich gesuchter Lotterieschwindler. Er betrieb seinerzeit gleiche Schwindelunternehmungen in Arnheim und anderen holländischen Grenzorten. Bisher liegen mehrere tausend Anzeigen von Geschädigten gegen ihn vor.

Wenige Tage darauf ging uns prompt folgendes, vom 6. April datiertes Schreiben aus Amsterdam zu, in dem uns, unter Bezugnahme auf jenes von uns publizierte Telegramm von der dortigen „Commerce- und Credietbank" (???) mitgeteilt wurde:

Da der ganze Inhalt obiger Veröffentlichung von A bis Z auf Unwahrheit oder Verläumdung beruht, oder absichtliche Verwechselung mit einer andern Firma vorliegt, so ersuchen wir auf Grund des § 11 des Deutschen Preßgesetzes um gefl. Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten Nummer — und zwar an derselben Stelle und mit derselben Druckschrift — Ihrer Zeitung.

Berichtigung.

Es ist unwahr, daß gegen den unterzeichneten Inhaber der Commerce & Credietbank in Amsterdam ein Antrag der Deutschen Behörden wegen Lotteriebetruges mit Türkenlosen eingeleitet worden ist. Der Unterzeichnete hat niemals weder in Lübeck noch in Arnheim, noch in anderen holländischen Grenzorten Schwindelunternehmungen betrieben, ist auch niemals von Lübeck aus steckbrieflich gesucht worden.

Es liegen gegen den Unterzeichneten auch gar keine Anzeigen — geschweige denn von mehreren tausenden — von Geschädigten vor. Commerce & Credietbank. Lübecke.

Ueber besagten Herrn Lübecke, der diesen „Schreckschuß" abfeuert, sind bisher nun mancherlei Nachrichten durch die Presse gegangen. So lesen wir:

1. In Nr. 154 der „Neuen Hamb. Ztg.": Amsterdam, 3. April. (Privattelegramm.) Der Inhaber der Kommerzial- und Kreditbank Amsterdam, Johann Lübecke, ist gestern auf Antrag der deutschen Behörde wegen Lotteriebetruges, begangen durch den Vertrieb von Türkenlosen, in Untersuchung gezogen worden. Lübecke ist ein von Lübeck aus steckbrieflich gesuchter Lotterieschwindler. Bisher sind mehrere tausend Anzeigen von Geschädigten eingelaufen.

2. In Nr. 26753 (3. April) des „Hannoverschen Couriers": Warnung vor einem Lotterieschwindler. Die Versuche, das Lotteriegesetz zu umgehen, werden trotz der erheblichen Strafen, mit denen der Staatsanwalt einschreitet, in immer neuen Variationen fortgesetzt. Der berüchtigte Lotterieschwindler Johann Lübecke, gegen den ein Steckbrief erlassen worden ist, hat sich nach Amsterdam geflüchtet, von wo er unter der Firma Kommerz- und Kreditbank, Luisenstraat 72, Prospekte mit hochtönenden Versprechungen in die Welt sendet, in denen er türkische Lose mit nie dagewesenen Gewinnchancen offeriert. Um das Verbot der Abzahlung zu umgehen, wird der Kaufpreis von 145 ℳ auf fünf Jahre gestundet. Für die Mühewaltung, Porti, Drucksachen und Verzinsung werden nur 1⅓ Proz. berechnet — aber pro Monat, was man bei der winzigen Schrift leicht übersehen kann. Das macht schon 16 Proz. fürs Jahr, was bei 145 ℳ auf fünf Jahre eine Verzinsung von 120 ℳ ergibt. Da sich erfahrungsgemäß diese Lotterie-Unternehmer überhaupt nicht im Besitz der angepriesenen Lose befinden, so würde Lübecke, selbst wenn ihm nur die Zinssumme von 120 ℳ gezahlt würde, noch glänzende Geschäfte machen und könnte auf den Kaufpreis von 145 ℳ vollständig verzichten. Die Berliner Polizei hat sich bereits mit den holländischen Behörden in Verbindung gesetzt, um Lübecke möglichst bald das Handwerk zu legen.

3. Aus einem längeren Artikel der „Berliner Morgenpost" (Nr. 67), der am 20. März erschien und unter der Spitzmarke „Ein einträgliches Geschäft" die sauberen Machinationen des Herrn Lübecke eingehend beleuchtete, geben wir folgenden Passus wieder: Unsere Leser ersehen aus dem Vorstehenden, mit welchen Mitteln heutzutage das Geld aus den Taschen der Sparer gelockt wird, denn an diese wendet sich das Zirkular und wenden sich die Vertreter, die von jenem Institut in neuerer Zeit zu gewinnen gesucht werden. Die Herren in Amsterdam genieren sich dabei gar nicht, mit der Behauptung hervorzutreten, daß die Lose noch größere Sicherheit bieten, als städtische Sparkassen, und nach ihrer Argumentation ist es nur ein fälschlicher Einwand, wenn jemand sagt, er bringe sein Geld lieber nach der Sparkasse, weil man dort nichts verlieren könne. Die 2½ bis 3 Proz. Zinsen sind nach ihrer Ansicht ein lächerlicher Gewinn. Stimmt! Mit solchen Kleinigkeiten geben sich die Herren auch gar nicht erst ab, sie rechnen sich, wie wir es oben nachgewiesen haben, lieber 16 Proz. an.

Wenn jemand durchaus ein Türkenlos kaufen will, womit er auf Zinsen verzichtet und einen Gewinn bei der Verlosung erhofft, so gehe er zu einem hiesigen Bankgeschäft und zahle 143 ℳ in bar auf den Tisch des Hauses. Die von unbekannter Seite kommenden Offerten ignoriere man. Dazu wird das Geld des deutschen Sparers zu schwer verdient, um den Herren in Amsterdam mühelosen Verdienst zuzuschanzen. Vorher aber übergebe man den Namen solcher Firmen der Oeffentlichkeit, zu Nutz und Frommen seiner Mitmenschen.

Erfüllungsort für das Geschäft ist das Domizil der Firma, also Amsterdam. Für das deutsche Publikum ist es schwer, Recht im Auslande zu finden, da gegen eine im Ausland domizilierte Geschäftsniederlassung in Deutschland gerichtlich nicht vorgegangen werden kann. Hier wäre gleichfalls dem Auswärtigen Amt Gelegenheit geboten, einzuschreiten und zum mindesten durch Warnungen in den Provinz- und Kreisblättern dafür zu sorgen, daß auch das Publikum außerhalb der Reichshauptstadt vor trüben Erfahrungen in dieser Beziehung bewahrt bleibt. Erfreulicherweise hat man an zuständiger Stelle unsere mehrfachen Hinweise auf die Machinationen gewisser Animierbankiers dazu benutzt, das Treiben jener Leute unter die Lupe zu nehmen.

4. Am 4. April (Nr. 78) befaßte sich schließlich die „Berliner Morgenpost" in ihrer Handelsbeilage noch einmal mit den geschäftlichen Quertreibereien der Amsterdamer Commerce- und Credietbank. Wir geben auch diese Notiz wieder: Vor vierzehn Tagen beschäftigten wir uns an dieser Stelle eingehend mit der Commerce- und Credietbank in Amsterdam, Jan Luykenstraat 72, die deutsche Kapitalisten zum Ankauf von türkischen 400-Francs-Prämien-Obligationen (Türkenlose) animiert. Es handelte sich darum, daß die genannte „Bank" gegen Aushändigung eines Zertifikats ein Türkenlos verkauft, es beließ, im Depot behielt und sich hierfür an allerhand Spesen die Kleinigkeit von 16 Proz. berechnete. Wollte jemand „sein" Türkenlos übernehmen, so mußte er natürlich erst den vollen Kaufpreis zahlen. Also kein Effektenkauf auf Abzahlung, wie man vielleicht hätte annehmen können, sondern ein Geschäft, das risikolos dem Unternehmer große Gewinne zuführen mußte. Unsere ausführliche Besprechung hat nun die hiesige (Berliner) Polizeibehörde, die

SLUB
Wir führen Wissen.